

V0163/23

Einsatz von Solarpflastersteinen

- Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen vom 25.01.2022

- Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Hoffmann)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 04.05.2023

Der Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen **V0095/22** und die Stellungnahme der Verwaltung **V0163/23** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Leininger erläutert, dass man einen guten Ort gefunden habe und dieses Pilotprojekt auch den Radverkehr in Ingolstadt fördere und eine neue Technologie zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien untersuche. Stadträtin Leininger bringt vor, dass sie einverstanden sei mit dieser Umsetzung des Antrags.

Stadtrat Böttcher führt aus, dass die Kosten von 55.000 Euro sehr hoch seien, für die Leistung, die man dafür bekomme, und der Aufwand dazu sei riesig. Es sei seiner Meinung nach sinnvoller, die 55.000 Euro von der Sparkasse an das Heilig-Geist-Spital zu spenden, um dort eine Solaranlage auf das Dach zu bauen.

Herr Hoffmann teilt die Meinung in gewissen Punkten, denn die Leistung der Anlage sei mit 125 Watt Peak sehr gering, doch es handle sich hierbei um Pflasterbelag, der verlegt werden solle und dies sei im Moment eine neue Technologie, die ausprobiert werden müsse, und es sei ein Anliegen, dies auf einer bescheidenen Größe zu testen, um Erfahrung damit zu sammeln. Herr Hoffmann hebt hervor, dass sich die 55.000 Euro im ersten Moment nach sehr viel anhörten, doch es seien darin sämtliche Arbeitsstunden enthalten und die Solaranlage sei nur ein Teil davon, denn es seien zum Beispiel auch 15.000 Euro davon für die Vorarbeit und 2.000 Euro für die E-Bike Ladeinfrastruktur geplant. Selbst wenn die Anlage in ein paar Jahren abgebaut werde, könne die Ladestationen rausgenommen werden und in den dann noch übrigbleibenden 3.000 Euro sei ein Pufferspeicher von knapp 1.000 Euro mit drin. Dennoch teilt er die Ansicht, dass der Preis für die 14 Quadratmeter nicht gerade niedrig sei.

Allerdings sei nach seinem Empfinden die Sparkasse sehr glücklich gewesen über dieses Projekt, so Herr Hoffmann. Denn die Sparkasse solle gewisse Mittel in die Förderung von Gemeinwohlprojekten hineingeben. Ob die Gelder auch komplett in eine Photovoltaikanlage auf dem Heilig-Geist-Spital investiert werden können, wo es sicherlich auch sehr gut eingesetzt sei, müsse man bei der Sparkasse erfragen, so Herr Hoffmann. Ein wichtiger Punkt sei auch, dass dem städtischen Haushalt so keine Kosten zufielen. Man könne das Ganze ausprobieren und Erfahrungen sammeln.

Stadtrat Böttcher merkt an, dass das Freibad nur fünf Monate im Jahr geöffnet sei und es seiner Meinung nach besser geeignete Orte für eine E-Bike Ladestation gebe.

Stadtrat Achhammer teilt mit, dass auch sie das Thema in der Fraktion diskutiert haben und es zwar wichtig sei, die Energiewende einzuleiten, dass man aber dennoch zu dem Entschluss gekommen seien, dass 55.000 Euro für zwei Ladestationen viel zu teuer sei. Da dieses Thema nicht in den Stadtrat gehe, bittet Stadtrat Achhammer darum, noch einmal alle Details mit in die Fraktion nehmen zu können und die Abstimmung dann dem

Finanzausschuss zu übertragen. Des Weiteren führt er aus, dass die 55.000 Euro von der Sparkasse kommen und diese theoretisch auch für einen anderen Zweck zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Fleckinger informiert, dass die Stadtverwaltung Vorschläge einreiche und die Sparkasse beurteile, begutachte und genehmige dann. Es seien also keine freien Gelder, die der Stadt zur Verfügung stehen und es sei immer in Abstimmung mit der Stadt vorzunehmen. Werden von der Verwaltung weitere Vorschläge gemacht, seien diese wieder mit der Sparkasse abzustimmen und zu genehmigen.

Herr Hoffmann informiert, dass das Thema in den Finanzausschuss genommen werden kann, jedoch sei es nur zur Kenntnisnahme, da es auch unter der Wertgrenze der Gremien liege. Es gebe eine interne Projektgenehmigung, die Herr Hoffmann unterschrieben habe. Die Verträge seien daher geschlossen. Man müsste sie sofort stornieren, wenn das überhaupt noch möglich sei.

Stadtrat Pauling hakt nach, ob es möglich sei, für die Zeit, in der das Freibad nicht offen habe, die Stromleitungen an das Stromnetz anzuschließen.

Stadtrat Witty bringt vor, dass auch er die 55.000 Euro für zu hoch empfinde.

Stadtrat Dr. Meyer äußert, dass er den Gedanken, das zu testen, verstehe, jedoch sehe er das Ganze skeptisch und hakt nach, ob es auch für die Zukunft Sinn mache, denn sonst sei selbst der Testgedanke hinfällig.

Stadtrat Semle ist der Meinung, dass der Test-Charakter wichtig sei, denn man habe mit einer Technologie zu tun, die mit der Leistungsfähigkeit anderer Technologien nicht mithalten könne und es könne dadurch getestet werden, welche Möglichkeiten darin stecken. Stadtrat Semle erklärt, dass hierbei etwas Fantasie gefragt sei und er sich zum Beispiel ortsgebundene oder netzgebundene Ladestationen an Fahrradwegen ohne Stromanschluss vorstellen könne.

Herr Hoffmann schildert, dass der Test-Charakter im Vordergrund stehe. Man wolle zum Beispiel auch wissen, wie viel Strom die Pflastersteine im Winter liefern werden und ob auf den Pflastersteinen Schnee geräumt werden könne. Herr Hoffmann hofft, dass in Zukunft deutlich mehr versiegelte Flächen, über denen man kein Dach habe, zur Stromerzeugung erreicht werden können und zum Beispiel auch Gehsteige genutzt werden können.

Stadtrat Achhammer stellt in Frage, ob es noch Sinn mache darüber zu diskutieren, wenn die Verträge bereits abgeschlossen seien. Er plädiert dafür, das Thema in den Finanzausschuss zu nehmen und es noch einmal in den Fraktionen zu diskutieren. Er denkt, dass dieses Thema besser vorbereitet werden hätte müssen, denn man wisse zu wenig darüber. Durch den Test sei dann auch erkennbar, wie viel Watt ein Pflasterstein regeneriere und bezüglich des Pufferspeichers sei er sich nicht sicher, wie gespeichert werde und welcher Ort am besten dafür geeignet sei.

Bürgermeisterin Kleine möchte wissen, ob das Ganze gestoppt werden soll oder nicht.

Herr Hoffmann teilt mit, dass wenn das Projekt keine Mehrheit finde oder auch im Finanzausschuss ähnlich diskutiert werde, müsse das Projekt gestoppt werden und erst einmal auf Eis gelegt werden, um zu schauen, ob noch was von dem Geld gerettet werden könne.

Stadtrat Witty stellt fest, dass wenn es den Antrag der Stadtratsfraktion die Grünen nicht gegeben hätte, es auch keine Vorlage dazu gebe und man dann nur die Information bekommen hätte, dass am Freibad die Solarpflastersteine gelegt werden sollen. Da schon sehr viel in die Wege geleitet sei und man die finanziellen Konsequenzen nicht kenne, wenn

das Projekt gestoppt werde, ist Stadtrat Witty der Meinung das Projekt solle durchgeführt werden, denn im Finanzausschuss werde man auch zu keinem anderen Ergebnis kommen.

Herr Hoffmann ist auch der Meinung, dass der Finanzausschuss keine weiteren Erkenntnisse bringen werde. Wenn es gestoppt werden soll, dann muss dies sehr schnell geschehen. Mit dem Lieferanten seien die Modalitäten bei Ausstieg aus dem Projekt zu besprechen.

Stadtrat Semle ist der Meinung, es solle gebaut und probiert werden und es komme weniger darauf an, wo man es ausprobieren, sondern es sei wichtig zu sehen, wie zum Beispiel die Technik und die Belastung und wie der Widerstand bei Regen sei.

Bürgermeisterin Kleine bittet um Abstimmung über den Vorschlag von Herrn Hoffmann. Gegen fünf Stimmen sei der Antrag abgelehnt und das Projekt gestoppt.

Stadtrat Achhammer hält es für sinnvoll das Thema erneut im Finanzausschuss zu diskutieren.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass das Votum als ein „Stop“ zu sehen sei und es nun einen erneuten Antrag gebe, das im Finanzausschuss erneut zu diskutieren und dies sei nun noch einmal abzustimmen. Zehn Stimmen seien dafür, das Ganze noch einmal im Finanzausschuss zu diskutieren.

Herr Hoffmann ist dafür, dass es auf Eis gelegt werde, die Planung nicht weiter auszuführen und die Verträge erst einmal ruhen zu lassen und im Finanzausschuss weiter zu diskutieren. Des Weiteren ist Herr Hoffmann der Meinung, dass der Standort nicht schlecht sei, dass aber auch darüber noch einmal gründlich nachgedacht werden könne.

Stadtrat Wöhrl rät dazu, bis zum Finanzausschuss die Rücktrittskosten in Erfahrung zu bringen.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beschlussfassung in den Finanzausschuss verwiesen.